Advocacy als Herausforderung und Chance in der interreligiösen Kooperation am Beispiel Berlins

Rechtsextremistische Gewalt gegen jüdische und muslimische Menschen, aber auch Menschen aus anderen Religionen, die sich für ein friedliches Zusammenleben der Verschiedenen einsetzen, wird immer alltäglicher. Die Analysen und Strategien in den unterschiedlichen religions-spezifischen, religionsübergreifenden und religionsfernen Organisationen und Gruppierungen zum Umgang damit differieren sehr. So gibt es in der jüdischen Gemeinde Berlins bei manchen Engagierten aufgrund unterschiedlicher Auffassungen zu den Konflikten im Nahen Osten eine Abneigung gegenüber einer Kooperation mit muslimischen Gläubigen und mit interreligiösen Organisationen, in denen auch muslimische Gläubige vertreten sind. In manchen muslimischen Organisationen gibt es umgekehrt ebenso Anfragen, wie die jüdische Gemeinde sich zum Verhältnis zwischen Israel und Palästina sowie den Konflikten im Mittleren Osten verhält. Die unterschiedlichen religionsübergreifenden Kooperationen in Berlin konzentrieren sich teilweise auf die Organisierung eines friedlichen Zusammenlebens in Berlin und klammern die außenpolitisch begründeten Konflikte zwischen ihren Mitgliedern aus. Manche Kooperationen ergreifen indirekt durch die Auswahl ihrer Kooperationspartner Partei, manchmal ohne tiefere Kenntnis über deren Vernetzung in der religiösen und politischen Szene jenseits von Deutschland.

Die Mitte der Gesellschaft ist vor allem islamkritisch, wie Umfragen, Alltagskonflikte in Schulen und auf der Straße, Gespräche in Kirchengemeinden und im privaten Umfeld immer wieder zeigen. Diese Islamkritik beruht meist auf Einblicken, die in Medienberichten gewonnen werden. Terroristische Attacken wie der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz in Berlin im Dezember 2016, Durchsuchungen und Schließungen von Moscheen, die Zuordnung von Clankriminalität in ein religionspezifisches Milieu, unterschiedliche Bekleidungs- und Begrüßungstraditionen, die angesichts des in Coronazeiten eingeübten Verzichtes auf gegenseitiges Händeschütteln vielleicht in ihrer identitätspolitischen Bedeutung relativiert werden, journalistische Netzwerkzitationen ohne Überprüfung der Informationsquellen vertiefen in der Mitte der Gesell-

schaft Vorurteile gegenüber Moscheen und muslimischen Gläubigen zu scheinbar objektiv und allgemein gültigen Wahrheiten über muslimische Menschen und Moscheegemeinden.

Die Ergebnisse der Untersuchungen über das Religionsbild von medialen Meinungsmachern, dass zum einen Religion wieder ins Zentrum der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit gerückt ist und dass zum anderen das Christentum (und teilweise der Buddhismus) – jedenfalls vor der Aufdeckung des massiven sexuellen Missbrauchs – als tendenziell friedliche Religion – im Gegensatz zum Islam als tendenziell gewalttätige und Gewalt legitimierende Religion – in den Medien dargestellt wird, bestätigen sich alltäglich beim Blick auch in sich als kritisch und demokratisch liberal verstehende Medien.

Wie kann in einer solchen Situation eine interreligiöse Advocacy-Arbeit in Berlin aussehen? Bei dem Planungstreffen für die Friedenskundgebung „Religionen für ein weltoffenes Berlin“ am 16. März 2017 als Reaktion auf den terroristischen Anschlag auf dem Breitscheidplatz wurde deutlich, dass jeweils nur ein Vertreter oder eine Vertreterin pro Religion sprechen könnte. So einigten sich die Repräsentanten und Repräsentantinnen aus den einzelnen Religionen jeweils auf eine Person, die sprechen sollte, und darauf, dass alle anderen aus dieser Religion hinter dieser Person stehen und ihr damit sichtbar sowie symbolisch den Rücken stärken sollten. Angesichts des breiten muslimischen aber auch christlichen Spektrums, das dort vertreten war, eine nahezu salomonische Entscheidung. In der Presse wurde dann allerdings der Regierende Bürgermeister dafür angegriffen, dass er während seines Grußwortes mit diesem breiten religiösen Spektrum gemeinsam auf der Bühne gestanden hat.

Das Aktionsbündnis „Belastbare Brücken bauen“ hat als Ziel, gemeinsam auf solche und vor allem auch auf gut vernetzte Angriffe aus verschiedenen Quellen zu reagieren, und kompetente Unterstützung im Sinne des Advocacy-Ansatzes gerade auch von Seiten anderer als der angegriffenen Religionsgemeinschaften zu leisten. Ein besonderes Anliegen dieses Bündnisses ist es darüber hinaus, mit der scheinbar wohl informierten, aber noch in ihrem Urteil „beweglichen Mitte der Gesellschaft“ ins Gespräch zu kommen. Ein transportables rotes Sofa soll am Rande von Märkten und öffentlichen Veranstaltungen vor allem im Open-Air-Bereich dafür einen Ort bieten. Durch die Corona-Pandemie kann dies leider erst in Zukunft häufiger zum Einsatz kommen.

Die Unterbrechung des „normalen“ Alltags durch die Corona-Pandemie führte jedoch auch zu neuen Herausforderungen und Chancen für die religionsübergreifende Advocacy-Arbeit. So brachten die Medienbilder, als

die Islamische Föderation Berlin 50 große Lebensmittelpakete an notleidende – vor allem christliche – Berliner und Brandenburger Studierende insbesondere aus Westafrika verteilte, die Not der internationalen Studierenden in der Corona-Krise ins öffentliche Bewusstsein und die Studierenden erlebten dies als ganz konkrete Solidarität Andersgläubiger.

Die Schlussbemerkung im Schreiben des Religionsbeauftragten des Berliner Senats zu den Bedingungen für eine erste Lockerung des Gottesdienstverbots aufgrund der Corona-Pandemie, dass die Berliner Religionsgemeinschaften schon immer kreativ und solidarisch mit ihren Möglichkeiten umgegangen sind, bewegte eine interreligiöse Gesprächsgruppe zu der Suche nach geeigneten christlichen Sakralräumen, um mehr Freitagsgebete in der Ramadanzeit 2020 durchführen zu können, die für muslimische Gläubige eine besondere spirituelle Bedeutung haben. In kurzer Zeit wurden bereitwillige evangelische und katholische Gemeinden gefunden, die auf der Basis von Hygienekonzepten und genauen Absprachen über die Nutzung ihrer Sakralräume dazu bereit waren. Das globale mediale positive Echo auf diese Form solidarischen Teilens wurde für alle Beteiligten zu einer Ermutigung. Die Unterstützungsschreiben des evangelischen und des katholischen Oberhirten in Berlin zeigten allen Gläubigen, dass diese Raumteilung dem Geist des Evangeliums entspricht.

Eine andere Form der Advocacy-Arbeit war dann Monate später gefragt, als mehrere Berliner Moscheen unangemeldeten Besuch von schwer bewaffneten Sondereinsatzkräften der Berliner Polizei bekamen, die teilweise während Gebetsversammlungen mit Stiefeln über Gebetsteppiche stürmten, Opferstöcke aufbrachen, Leibesvisitationen bei Imamen und Hausdurchsuchungen bei Vorstandsmitgliedern von Moscheevereinen durchführten. Der Vorwurf lautete, dass Corona-Soforthilfen unberechtigt beantragt worden wären. Manche Moscheevereine hatten bereits angesichts der ersten gewaltsamen Moscheedurchsuchungen angeboten, die überschaubaren Antragssummen wie zum Beispiel 14.000 Euro im Fall der Neuköllner Begegnungsstätte, vorläufig zurückzuzahlen, bis die zu diesem Zeitpunkt noch nicht rechtsgültig getroffene Frage entschieden würde, ob die Moscheevereine rechtmäßige Empfänger der Soforthilfe waren. Durch die Art der Durchsuchungen und ihre mediale Darstellung wurde jedoch der Eindruck eines kriminellen Handelns der Moscheegemeinden erzeugt, hinter dem noch mehr als der potentiell ungerechtfertigte Bezug von Corona-Soforthilfe stecken könnte.

Auch in diesem Fall versuchte der sich aufgrund mehrfach fragwürdiger und offensichtlich auf falschen Informationen beruhender Berichter-

stattung in den vielgelesenen und sich als kritisch verstehenden Berliner Medien gebildete religionsübergreifende Zusammenschluss „Ohne Unterschiede“ sich mit Leserbriefen und dem Angebot von nachprüfbaren Informationsquellen aus den Händen angesehener christlicher Repräsentanten und Repräsentantinnen für eine Korrektur dieses medialen Bildes einzusetzen – und für eine strukturelle Transformation der Art der medialen Berichterstattung über das muslimische Leben, das Handeln von Berliner Moscheen und ihrer Vernetzung. Begleitet wurde dies von Solidaritätsbesuchen bei den nächsten Freitagsgebeten durch Vertreterinnen und Vertreter verschiedener anderer Religionsgemeinschaften sowie des Berliner Forums der Religionen, in dem sich ein breites Spektrum von Menschen aus verschiedenen Religionsgemeinschaften zusammengeschlossen hat, um zum Wohl der Stadt für ein friedliches Zusammenleben einzutreten.

Dass dieses Ziel ein engagiertes lokales Advocacy-Handeln erfordert, machen die Diffamierungen und Morddrohungen gegen Menschen eindringlich und auch manchmal erschreckend deutlich, die sich zum Beispiel im Rahmen der jährlichen Tandemradtouren von Rabbinerinnen und Rabbinern mit Imamen und anderen religionsübergreifend Engagierten für ein öffentliches Sichtbarmachen gerade auch der muslimisch-jüdischen Kooperation einsetzen.

Kreative Aktionen, theologische Reflexionen, die Bereitstellung von Ressourcen, um den kritischen Dialog mit Anderen innerhalb der eigenen Religionsgemeinschaft und religionsübergreifend im privaten, beruflichen und öffentlichen Raum zu suchen – alle Aspekte der Advocacy-Arbeit sind hilfreiche Schritte hin zu einem gerechten und friedlichen Zusammenleben der Verschiedenen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

Gerdi Nützel

*(Dr. Gerdi Nützel ist Pfarrerin in der Evangelischen Studierenden-
gemeinde Berlin und Mitglied im Koordinierungskreis
des Berliner Forums der Religionen.)*